



**Dr. Ralf Brauksiepe**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Berlin, 09.02.2017

**Dr. Ralf Brauksiepe MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Unter den Linden 71  
Raum: 342  
Telefon: +49 30 227-74545  
Fax: +49 30 227-76780  
ralf.brauksiepe@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**  
Bochumer Straße 15  
45549 Sprockhövel  
Telefon: +49 2324-90 48 29 6  
Fax: +49 2324-90 48 29 7  
ralf.brauksiepe.wk@bundestag.de

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der  
Verteidigung

Stellvertretender Vorsitzender der  
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### **Brauksiepe begrüßt Kabinettsbeschlüsse zur Umsetzung des Sicherheitspakets**

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche Gesetzentwürfe zur besseren Überwachung extremistischer Straftäter und zum Schutz von Vollstreckungsbeamten beschlossen. Dies teilt der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ralf Brauksiepe MdB, mit.

„Ich begrüße es, daß mit den jetzigen Kabinettsbeschlüssen Teile des Maßnahmenpakets von Bundesinnenminister Thomas de Maizière nun zeitnah in Gesetzesform gebracht werden, um die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu erhöhen“, so der Hattinger Staatssekretär. Künftig könne die sogenannte „elektronische Fußfessel“ häufiger eingesetzt und somit extremistische Straftäter besser überwacht werden. Bereits in der vergangenen Woche hatte das Kabinett mit der Neustrukturierung des BKA-Gesetzes die Grundlage dafür geschaffen, daß das BKA Aufenthaltsverbote für Gefährder erlassen und mit Hilfe von elektronischen Fußfesseln kontrollieren kann.

Auch Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte werden durch den Kabinettsbeschluss von diesem Mittwoch künftig besser geschützt. „Die zunehmenden tätlichen Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte sind ein Angriff auf unseren Rechtsstaat insgesamt“, sagte Brauksiepe. Daher sei es richtig, die Strafen für solche Taten zu verschärfen.

Brauksiepe weiter: „Mit den jetzt beschlossenen Sicherheitsgesetzen und den weiteren geplanten Gesetzesverschärfungen im Bereich der Inneren Sicherheit zeigt die CDU-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, daß sie entschlossen und rasch auf die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate reagiert.“